Nr. 1/2016 – Januar

SP PS

concret

Sozialdemokratische Partei Kanton Graubünden
Partida Socialdemocratica Chantun Grischun
Partito Socialista Cantone dei Grigioni

Am 28. Februar 2016

NEIN zur 2. Gotthard-Röhre

Weniger Lastwagen, mehr Bahn!

Von Silva Semadeni

Zum dritten Mal sagen wir Nein zum Ausbau der Strassenkapazität am Gotthard. Dass die zweite Röhre mit der Kapazitätsverdoppelung nur zur Hälfte genutzt würde, daran glaubt niemand. Und mehr Strassenkapazität bringt mehr Verkehr, das ist eine Binsenwahrheit. Unsere Überzeugung ist und bleibt: Der Gütertransitverkehr von Grenze zu Grenze muss auf die Schiene – wie es in der Bundesverfassung steht. Klarer als in der übrigen Schweiz hat 1994 Graubünden mit 77,9 % die Alpen-Initiative angenommen, 2004

Inhalt

Nein zur 2. Gotthardröhre 1
Nein zur Durchsetzungsinitiative 3
Nein zur CVP Ehe-Initative 4
Ja zur Spekulationsstopp-initiative 5
Rückblick Nationalratswahlen 6-7
Ja für mehr bezahlbaren Wohnraum in Chur! 9
Aus dem Grossen Rat 10
Neues Kulturförderungsgesetz 12
Nachruf Andrea Bianchi 13
Leute: Tina Gartmann 14
JUSO 15
Letzte Seite 16

28. Februar 2016 – Nein zur zweiten Gotthardröhre

die Avanti-Vorlage für eine zweite Gotthardröhre mit 74,7 % abgelehnt. Und dies aus guten Gründen. Lärm, Gestank und Luftverschmutzung vermindern die Lebensqualität an den Transitrouten. Bergtäler leiden seit Jahrzehnten darunter.
Und die schädlichen CO_2-Emissionen des Schwerverkehrs treiben die Klimaerwärmung an. Umso mehr gilt heute: Der alpenquerende Transitverkehr muss auf die Schiene, auf die NEAT. Die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels bietet die beste Gelegenheit, um die Verlagerung voranzutreiben. Bei einer temporären Voll- oder Teilschliessung des Tunnels wäre mit einem kostenlosen Autoverlad zwischen Göschenen und Airolo und dem LKW-Verlad von Grenze zu Grenze durch den neuen Basistunnel ein tragfähiges Ersatzangebot auf der Schiene möglich. Und seit Kurzem wissen wir: Neue vertiefte technische Untersuchungen im Auftrag des Bundes zeigen, dass die Gesamterneuerung im Rahmen der regulären nächtlichen Unterhaltsarbeiten erfolgen kann. Der Tunnel kann ohne einen einzigen Tag Vollsperrung bis 2035 weiterbetrieben und kostengünstig saniert werden. Damit fällt die Begründung für den Bau der drei Milliarden teuren zweiten Röhre dahin.
Die Entlastung der Gotthardstrasse vom Schwerverkehr wird auch mehr Sicherheit bringen – und dies nicht erst 2030 oder 2035 wie beim Bau einer zweiten Röhre. Wir wollen die Bergwelt vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs schützen. Der Gotthard darf nicht zum attraktivsten Nord-Süd-Korridor für die europäischen Lastwagen werden. Darum am 28. Februar: Nein zur zweiten Gotthardröhre!

Silva Semadeni,
Nationalrätin
SP Graubünden, Chur

Nel prossimo mese di dicembre AlpTransit, la NEAT, entra in funzione e la capacità di trasbordo crescerà in modo massiccio. Il Ticino è più vicino! Con AlpTransit, l'aumento del limite di peso a 40 tonnellate e la tassa sul traffico pesante la politica ha preso misure in favore del trasbordo dalla strada alla rotaia. Ma il traguardo non è ancora raggiunto. Troppi camion rombano e inquinano a tutt'oggi sull'autostrada del Gottardo. E nuovi investimenti non devono concorrenziare il trasbordo, ma contribuire a ottimizzare il traffico delle merci per il tramite della ferrovia. Solo così i 23 miliardi di franchi investiti nel galleria di base del Gottardo saranno investiti bene.

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole.** Informationen zur Bündner Kampagne: www.zweite-roehre-nein-gr.ch

Il chantun Uri ha vuschà gia tschinch giadas encunter l'augment da las capacitads stradalas al Gottard. Ed era en il Tessin era il na fin uss cler. Cun viver medemamain en las muntognas ans sentin nus solidaric cun la populaziun pertutgada directamain da las consequenzas negativas dal traffic da transit.

Eidgenössische Abstimmung vom 28. Februar 2016

Andri Perl, Grossrat, Chur

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole.**

NEIN zur SVP-Durchsetzungsinitiative

Von Andri Perl

Blenden wir zurück. Fünf Jahre ist es her, seit Volk und Stände der Ausschaffungsinitative zugestimmt haben. Diese verlangte, dass Ausländer unabhängig vom Aufenthaltsstatus ausgewiesen werden bei einem Tötungsdelikt, Vergewaltigung, Raub, Menschenhandel, Drogenhandel, Einbruch oder Sozialhilfemissbrauch. Das Parlament machte sich an die Umsetzungsgesetzgebung der Initiative und baute darin zurecht eine Härtefallklausel ein, die die Verhältnismässigkeit wahrt und Rücksicht auf die Situation insbesondere von hier Geborenen nimmt.

Verhältnismässigkeit ist nicht die Sache der SVP. Also lancierte sie die Durchsetzungsinitative. Diese umfasst nicht weniger als drei Seiten Verfassungstext, weil sie den Deliktkatalog, der zur Ausschaffung führt, genau ausführt und ausbaut. Dabei unterscheidet die Initiative zwei Deliktskategorien. Delikte die direkt zur Ausschaffung (nach verbüsster Strafe) führen und Delikte die zur Ausschaffung führen, wenn man innerhalb der letzten 10 Jahre bereits zu einer Freiheits- oder auch nur schon Geldstrafe verurteilt wurde. In beiden Kategorien finden sich Delikte, die man als Bagatellen bezeichnen kann (hingegen fehlen bezeichnenderweise die sogenannten White-Collar-Crimes, also Wirtschaftsdelikte). Besonders stossend und unverhältnismässig ist beispielsweise die direkte Ausweisung bei Sozialmissbrauch, weil dafür nicht einmal Arglist vorliegen muss. Das kann dazu führen, dass falsche AHV-Abrechungen eine Seconda und Kleinunternehmerin aus ihrer Familie reissen.

Keine Härtefallklausel wird sie retten. Denn die Durchsetzungsinitiative erhebt den Anspruch, direkt anwendbar zu sein. Das Parlament soll nichts dazu sagen, die Richter bloss ausführen. Der staatspolitische Disrespekt der SVP gegenüber unseren Institutionen zeigt sich hier auf erschreckende Weise. Die Gewaltentrennung ist ihr nichts wert. Mit der Missachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips und der Ausschaffung bei Bagatelldelikten will die SVP den Bruch mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Personenfreizügigkeit.

Wir stimmen über unsere höchsten Rechtsgrundsätze und ein Stückchen Apartheid ab am 28. Februar, aber nicht allein. Wir stimmen über unsere Nachbarinnen und Freunde ab. 10 000 Menschen wären gemäss Bundesamt für Statistik jährlich von der Initiative betroffen. Wir alle werden jemanden kennen, der dann keine Härtefallklausel mehr geltend machen kann. Kämpfen wir also mit vollem Einsatz gegen diese Zwängerei der Volksparteiischen. Nein, nein, nein zur Durchsetzungsinitiative!

Eidgenössische Abstimmung vom 28. Februar 2016

NEIN zur CVP-Ehe-Initiative

Von Andreas Thöny

Die CVP will mit ihrer Initiative die Heiratsstrafe abschaffen. Sie will die Ehe gegenüber dem Konkubinat nicht weiter benachteiligen und sie will Ehepaare gemeinsam besteuern lassen. So verfänglich das Anliegen daherkommt, so altmodisch und verbauend ist es in seinem Inhalt.

Zur Ehedefinition. Die CVP will in der Verfassung festhalten, dass Ehe nur und ausschliesslich als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau gelten soll. Damit verbaut sie mögliche künftige gesellschaftspolitische Öffnungsschritte, wie sie die SP mit der «Ehe für alle» fordert.

Zur Besteuerung. Die CVP will in der Verfassung festhalten, dass Ehepaare gemeinsam besteuert werden sollen. Damit verriegelt sie die Türe zur Individualbesteuerung, die als faire Besteuerung dem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht und von der SP angestrebt wird. Zudem erleichtert die Individualbesteuerung die Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienenden.

Zur Benachteiligung. Die CVP will, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren bei Steuern und Sozialversicherungen nicht mehr benachteiligt werden. Damit tragen sie Wasser in den Rhein. Denn sowohl der Bund wie auch die Kantone haben nach einem Bundesgerichtsurteil ihre Besteuerungssysteme in den letzten Jahren angepasst. Der Bund mit der Erhöhung des Zweitverdienerabzugs und der Einführung eines Verheiratetenabzugs, die Hälfte der Kantone mit Splittingmodellen. Heute betrifft die «Heiratsstrafe» noch rund 80 000 Paare oder gut 4,5 Prozent aller verheirateten Paare. Die Steuerausfälle bei diesen würden beim Bund 1,9 Mia. Franken und bei den Kantonen 390 Mio. Franken betragen. Erwähnt werden dürfen auf der anderen Seite auch Vorteile für Verheiratete wie beispielsweise die Witwen-/Witwerrente.

Peinlich. Die CVP versuchte mit einem Gegenvorschlag im Parlament ihre eigene Volksinitiative zu retten. Erfolglos. Sie versuchte sogar in ihrer Verzweiflung, die eigene Initiative für teilungültig zu erklären. Erfolglos.
Dies und der altmodische sowie verbauende Inhalt lassen nur einen Schluss zu: Die CVP-Ehe-Initiative ist abzulehnen.

Andreas Thöny, Grossrat und Fraktionspräsident, Landquart

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole**

JA zur Spekulationsstopp-Initiative

Ewa Bender, Co-Präsidentin JUSO GR, Bonaduz

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **JA-Parole**

Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!

Von Ewa Bender

Am 28. Februar dieses Jahres kommt die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» der JUSO vors Volk. Sie fordert ein Verbot der Finanzspekulation auf Lebensmittel und Agrarrohstoffe, während aber die Preisabsicherung jener Waren weiterhin erlaubt bleiben soll.

Damit möchte die JUSO die Profitmacherei einiger Weniger auf Kosten der Ärmsten stoppen. Denn die enormen Preisschwankungen führen unumgänglich zu Hunger auf dieser Welt. In Ländern, in welchen man häufig mehr als 80 % seines Einkommens allein für Nahrungsmittel ausgeben muss, haben nämlich bereits kleinere Preisaufschwünge erhebliche Konsequenzen. Deshalb muss Verantwortung übernommen werden und der Handel mit Lebensmitteln strengeren Richtlinien unterstehen, als es andere Märkte tun. Die weltweiten Hungerkrisen von 2007 und 2008 sind nämlich schlichtweg nicht gänzlich erklärbar, ohne den damaligen Anstieg der Spekulation mit Nahrungsmitteln zu berücksichtigen. Aufgrund des Zusammenbruchs mehrere Märkte, wie zum Beispiel des Immobilienmarktes, fanden viele Spekulanten in den Lebensmitteln ein neues, äusserst profitables Geschäft. Dies aber auf Kosten der Ärmsten, denn die Preise schossen in die Höhe.

Die vermehrte Spekulation hat aber noch einen weiteren Haken. Durch das enorme Finanzvolumen an den Märkten wird die Preisabsicherung erheblich beeinträchtigt. Dabei war dies der ursprüngliche Grund, wieso diese Waren überhaupt erst an die Börse gerieten. Dies betrachtend, gibt es auch keine wirtschaftliche Begründung, wieso die Spekulation notwendig für einen stabilen Markt sein soll oder ähnliches. Sie ist und bleibt ein Glücksspiel einiger Weniger, welche ihren eigenen Profit dem Menschen vorziehen.

Gerade in der Schweiz, einem der wichtigsten globalen Handelsplätze für Agrarrohstoffe, braucht es einen mutigen politischen Schritt zum Schutz des Rechts auf Nahrung für alle. Auch andere haben mittlerweile gemerkt, dass ein absolut deregulierter Nahrungsmittelmarkt ethisch nicht vertretbar ist. So zogen sich beispielsweise mehrere deutsche Banken bereits aus dieser Sparte zurück und auch die EU beschloss die Einführung von sogenannten Positionslimits, welche der Spekulation eine gewisse Grenze vorschieben. Die Schweiz wäre also nicht alleine mit dieser Bemühung, denn wenn wir ehrlich sind, ist uns allen klar: Mit Essen spielt man nicht!

Nationalratswahlen 2015

Rückblick

Von Tamara Gianera und Lukas Horrer

Die Wahlen 2015 waren durchaus ein Erfolg, immerhin konnten wir 2 Prozentpunkte zulegen. 17,6 Prozent der WählerInnen wählen SP. Und: Mit Silva Semadeni verteidigten wir ungefährdet unseren Sitz. An dieser Stelle nochmals herzliche Gratulation!

So erfreulich unser Zulegen um 2 Prozent ist: Die Wahl von Blocher-Tochter Magdalena Martullo Blocher war eine negative Überraschung an diesem Wahlsonntag. Die SVP erreichte in Graubünden 30 Prozent. Auch in den anderen Kantonen konnte die Rechte zulegen. SVP, FDP und kleinere Rechtsparteien haben im Nationalrat nun eine dünne Mehrheit (101 Sitze). Immerhin: Am Ständerat ging der «Rechtsruck» spurlos vorbei. Die SP schickt neu zwölf StänderätInnen nach Bern. So gross war die SP-Delegation noch nie!
Warum legte die Rechte zu? Geld und «Flüchtlingskrise» halfen. Das ist aber nicht die ganze Erklärung. **Diese Erklärung können wir nicht erklären. Leider.**

Dennoch ein Versuch: Die SPS setzte auf die Themen «Löhne, Renten, Mieten». Das sind «Klassiker» und diese Themen sind wichtig, da sind wir glaubwürdig. Wenn aber die grossen Themen aufgrund der Geschichte (Annahme MEI, «Flüchtlingskrise») andere sind und diese sich ausgerechnet mit den Themen der Rechtspopolisten mit viel Kampagnenmitteln decken, dann ist jeder Versuch für ein Agenda-Setting von unserer Seite von Anfang an aussichtslos. Das Abdriften der Medien nach rechts vereinfacht die Situation nicht. SP-Reaktion: Unser Präsident zog durch die Schweiz und warnte vor einem Rechtsrutsch. Daran ist inhaltlich nichts falsch, strategisch jedoch einiges verkehrt: Die SP wurde ohne klare Position zu den Megathemen (EU, Migration) wahrgenommen. Die SP erzählte keine Geschichte davon, wie wertvoll die offene Schweiz ist – Keine Geschichte davon, wie wichtig die Bilateralen Verträge und ein funktionieren des Friedenprojektes EU sind. Wir warnten – ohne klar wahrgenommene eigene Positionen zu den Megathemen – vor dem Rechtsrutsch. Im Prinzip ist das eine Kapitulation.
Eine weitere Konsequenz: Wir zementierten den Mythos einer Mitte-Links Mehrheit und bürdeten uns so Verantwortung für reale Ereignisse auf, die wir real gar nicht haben.

Zurück zu Graubünden: Unsere Basiskampagne war ein Erfolg. Die Daten zeigen, dass die Kampagne eine Wirkung hatte. Rund 120 GenossInnen engagierten sich. So viele halfen noch nie aktiv bei einem Wahlkampf der SP GR mit. Als Kampagnenorganisation sind wir gewachsen. Das ist erfreulich. Daran knüpfen wir an, denn nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Ein alter Spruch, gelten tut er immer noch.

Tamara Gianera, Campaignerin Wahlkampagne 2015, Chur

Lukas Horrer, Leiter Wahlkampagne 2015, Chur

Aus dem Leben eines Telefonisten

Köbi Gantenbein, Chefredaktor Hochparterre, Fläsch

Rückblick Nationalratswahlkampf 2015

Von Köbi Gantenbein, Chefradaktor «Hochparterre» & Freiwilliger bei der Wahlkampagne 2015

Piep, piep, piep. Niemand. Piep, piep. «Ach Du – wie schön? Ja, ich weiss schon. Natürlich werde ich Liste 4 einwerfen. Zweimal Hanna Bay, mein Bub ging mit ihr zur Schule. Fortschritt auch im Prättigau. Gewiss, aber für den kann ich den Zettel ja nicht ausfüllen. Nein. Momoll, ich sage einen Gruss. Er wird schon das Richtige drauf schreiben.»

Ich studiere die Namenliste, die auf meinem I-Pad aufgeschaltet ist. Viele Bekannte, Freunde, Nachbarinnen. Ich richte einen Rhythmus ein: Bekannter, Fremder, Bekannte … Und ich merke: Auch wenn der Erfolg unsicherer ist, telefoniere ich lieber Fremden als Bekannten.

Piep, piep, piep. «Nein, ich habe noch nicht. Doch, doch, ich will eigentlich schon. Aber wir sind am Packen. Wir fahren in die Ferien. Herrgott, ich weiss nicht, ob ich noch dazu komme. Wenn Du meinst. Aber nur, weil Du es bist. Ja sicher, es geht um die Sache, aber ich habe pressant. Moll, moll, versprochen und die von Christina und Karli werfe ich auch noch ein. Gut. Lass mich nun. Ja, herrgottsack, versprochen»

Weder bin ich aufs Maul gefallen, noch habe ich wenig Ichstärke. Belästige ich mehr als dass ich erfreue? Ich gebe mir einen Schupf.

Piep, piep, piep. Niemand schon wieder. Piep piep. «Was sie nicht sagen. Nein, sicher nicht. Das fehlte mir noch. Zuhause bleiben in dem Fall? Ja vielleicht. Und sagen Sie Ihrer Semadeni einen Gruss. Wer gegen die Olympischen Spiele ist, ist gegen Graubünden. Nein. Momoll. Natürlich war ich dafür.»

Trostreich, dass ich im Grüppli sitze in der Pädagogischen Hochschule. Vorne, hinten, links und rechts Genossinnen und Genossen. Die Partei als Familie, gut so. Doch das ist nicht nur trostreich, sondern die Cheftelefonisten um Tamara vertrauen der sanften Dynamik von Gruppendruck und –freude mehr als dass sie mich im Kämmerlein zu Hause telefonieren hiessen. Gut so. Da ich früher heimgehe, verspreche ich noch zehn Telefone zu tun vom Kämmerlein aus.

Piep, piep. «Natürlich werfe ich Liste 4 ein. Was denkst Du denn. Ds Anni? Ja, ds Anni auch, natürlich. Musst mich nicht mahnen.Was? Aha, schon recht.» Piep, piep. Ich hebe an zu meinem Sprüchlein. Schnarz. Aufgehängt. Einen tröstenden Kaffee. Piep, piep, piep. «Nein, ich werfe keine feste Liste ein. Momoll, zwei von Euch schreibe ich schon drauf. Drei? Nein zwei. Die andern haben ja auch Gute. D'Annemarie macht es wie ich. Ja auch mit zwei von Euch. Ich finde das toll, wie Eure Partei das hinkriegt mit Euch Telefonisten. Bestes Marketing. Kein Institut anstellen, selber tun. Wie Du Dich hinsetzt an einem so schönen Samstag, Farbe bekennst. Ja dann vielleicht doch drei, weil ich den einen ja doppelt drauf schreibe.»

Ich bin Verleger der Zeitschrift Hochparterre. Meine dauernde Sorge heisst genügend Abonnentinnen. Darum Inserate, Kinodias, Briefe. Am erfolgreichsten ist das Telefonmarketing. Eine Kollegin telefoniert, flötet, verspricht und bezirzt. Schon wieder einen und wieder einen. Ein hartes, aber erfolgreiches Geschäft. Gut, es selber zu tun. Ich werde im Verlag einführen, das alle Hochparterris auch Telefonisten werden. In der Gruppe sitzen wir, in der Gruppe telefonieren wir. Das stärkt die Charakter und die Aboliste.

Transithölle am Gotthard

. . . und mehr Schwer- und Transitverkehr, mehr Lärm, Gestank, CO_2 und Unfälle auch am San Bernardino. Denn der Bau der 2. Röhre ist ein falsches Signal an Europa und die internationale Lastwagen-Lobby. Die Verlagerung auf die Schiene wird torpediert und die bereits investierten Neat-Miliarden werden in den Sand gesetzt. – Stimmen Sie NEIN !

. . . auch aus Solidarität mit den Kantonen Uri und Tessin !

am 28. Februar 2016

NEIN
zur 2. Gotthard-Röhre

Für Mensch und Umwelt

VCS Graubünden

Tel. 081 250 67 22 | info@vcs-gr.ch | www.vcs-gr.ch
Segantinistrasse 19 CH-7000 Chur

JA zur Initiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum»

Lukas Horrer, Präsident Mieterverband Graubünden

Der Gemeinderat stellt der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber. Dieser streicht das 12-Prozent-Ziel und will nichts von Kostenmieten wissen. Es ist daher eine unverbindliche Mogelpackung.
Darum richtig abstimmen:
JA zur Initiative, NEIN zum Gegenvorschlag und bei der Stichfrage die Initiative ankreuzen.

Mehr Freiheiten für Chur – Abstimmung in Chur vom 28. Februar 2016

Von Lukas Horrer

In der Schweiz haben sich die Mieten seit 1980 beinahe verdoppelt. Das, obwohl die Hypothekarzinsen auf einem Rekordtief sind. Diese Entwicklung macht leider auch vor unserer Hauptstadt nicht halt. Mittlerweile sind die Mieten in Chur fast auf dem Niveau der Stadt Basel. Das Immobilienberatungsunternehmen «ImmoCompass AG» hat in Chur einen Mietzinsanstieg von über fünf Prozent in den letzten fünf Jahren festgestellt. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitrum betrug die Teuerung minus zwei Prozent.
Das führt dazu, dass sich Mittelstand, Familien oder Lernende unsere Stadt nicht mehr als Heimat leisten können. Oft weichen sie auf unsere Nachbargemeinden aus. Das schadet Chur:

- Das ist schlecht für die Durchmischung von Chur.
- Chur gehen wertvolle SteuerzahlerInnen verloren, die gerade bei der aktuellen Finanzsituation dringend gebraucht würden.
- Die Landschaft zersiedelt sich immer mehr.
- Das Geld für die hohen Mieten fehlt für den Konsum. Das ist schlecht für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und trifft das lokale Gewerbe.

Nur einer gewinnt: Die Immobilienwirtschaft. Das nützt niemandem. Mit der vom Mieterverband, SP und Wohnbaugenossenschaften lancierten Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» können wir Gegensteuer geben. Die Initiative verlangt, dass in Chur mehr für den gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbau getan wird. Genossenschaften sind dazu die geeigneten privatwirtschaftlichen Bauträger. Sie müssen die Rendite nicht maximieren und können darum rund 15-20 Prozent günstiger sein als der Markt. Sie verrechnen nur die effektiven Kosten plus Beiträge für Rückstellungen (=Kostenmiete). Das funktioniert. Darum braucht Chur mehr davon. Bis in 20 Jahren soll Chur einen Anteil von 12 Prozent preiswerten Wohnungen aufweisen. Heute liegt dieser Anteil bei rund acht bis neun Prozent.

Die Initiative bietet eine machbare Lösung, um dem Problem der steigenden Mieten zu begegnen:

- Die Initiative beschränkt sich auf einen Grundsatzartikel und lässt Spielraum bei der Umsetzung.
- Chur kann weiter wachsen, bleibt für Investoren attraktiv.
- Der Mittelstand gewinnt.

JA zu bezahlbarem Wohnraum heisst: Künftig sollen wieder mehr Wohnungen für den Mittelstand, für Familien und für Junge gebaut werden. Chur gewinnt mehr Freiheiten – für das Budget von Familien, für die Gestaltung der Stadt.

Aus dem Grossen Rat

Die SP Grossratsfraktion kämpft für mehr Transparenz und eine realistische Finanzpolitik

Von Conradin Caviezel

Zwischen dem 15. und 17. Februar trifft sich der Grosse Rat zur seiner ersten Session im 2016. Es wird für die SP Graubünden eine sehr intensive und wichtige Session, denn es stehen zentrale Traktanden auf der Agenda. Nachdem die SP jahrelang das Öffentlichkeitsprinzip gefordert hat, wird nun endlich dem Grossen Rat ein entsprechendes Gesetz vorgelegt. Zudem werden im Rahmen des Berichts über das Regierungsprogramm und den Finanzplan die wichtigen finanzpolitischen Richtwerte für die kommenden vier Jahre beschlossen. Weiter stimmt der Rat über einen SP-Vorstoss ab, der fordert, dass die Grossratsdebatten in Zukunft per Live-Stream im Internet übertragen werden, damit alle Interessierten auf einfache Art und Weise mitverfolgen können, wie ihre Volksvertreter agieren.

Hinsichtlich des Öffentlichkeitsprinzips, welches eine transparente Verwaltung fordert, wäre man gerne geneigt zu sagen: Ende gut alles gut. Nachdem ein SP-Vorstoss für das Öffentlichkeitsprinzip drei Mal abgelehnt wurde, hatte der vierte Vorstoss im Juni 2014 endlich Erfolg. Die Regierung wurde beauftragt ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten. Der Regierungsvorschlag wurde aber von Gemeindevertretern in der Vernehmlassung zerzaust. Nun soll nur ein Öffentlichkeitsprinzip light eingeführt werden, bei welchem die EinwohnerInnen beim Kanton, nicht aber bei den Gemeinden Anrecht auf einen freien Informationszugang bekommen. Speziell aber bei den Gemeinden wäre es wichtig, allfälligen Dorfkönigen auf die Finger schauen zu können. Wer für die Verwaltung zahlt, und dies tun wir alle mit unseren Steuern, soll auch erfahren, was mit seinem Geld passiert. Die SP wird sowohl in der Kommission als dann auch im Rat vehement für ein zeitgemässes Gesetz kämpfen. Traurig eigentlich, dass solch ein vehementer Einsatz nötig ist, wenn man bedenkt, dass fast alle anderen Kantone das Öffentlichkeitsprinzip kennen und der Pionierkanton Bern bereits auf eine positive 20-jährige Praxiserfahrung bauen kann.

Zu umfassenden Diskussionen im Rat Anlass geben wird auch das Regierungsprogramm, in dessen Rahmen die Regierung darlegt, welche Themen sie in den nächsten vier Jahren prioritär angehen möchte. Aus sozialdemokratischer Sicht kann die Arbeit der Regierung grossmehrheitlich als positiv beurteilt werden. Vor allem im wirtschaftspolitischen Bereich ist in einer schwierigen Ausgangslage ein pragmatisches Vorgehen geplant. Auf Steuersenkungen soll – im Unterschied zu früheren Regierungsprogrammen – explizit verzichtet werden, der Kanton hat vor, sich in Bern für gute Beziehungen zur Europäischen Union einzusetzen und

Conradin Caviezel, Grossrat, Mitglied der Kommission für Staatspolitik und Strategie

will vor Ort aktive Bodenpolitik zur Steigerung der Standortattraktivität betreiben. Zudem soll ein Klimasekretariat eingerichtet werden, dass die klimabedingten Entwicklungen umfassender analysiert und die Bevölkerung regelmässig für die Thematik sensibilisiert. Auch vorgesehen ist die Stärkung der Solidarität unter den Bündner Gemeinden durch einen Ausgleich der Kosten für Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen zwischen Aufenthaltsgemeinden und anderen Gemeinden. Wünschenswert wäre unter anderem gewesen, wenn die Regierung den Campus der HTW Chur noch etwas offensiver forciert hätte.

Weniger erfreulich als das Regierungsprogramm sind die Vorschläge der Regierung für die finanzpolitischen Richtwerte der nächsten vier Jahre. Die Exekutive geht von substanziellen zukünftigen Defiziten (50-100 Mio. CHF) aus und will enge Budgetrichtwerte verankern sowie gegebenenfalls auch ein Sparprogramm lancieren. Nur hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Regierung immer signifikant pessimistischer budgetierte als die Rechnung dann abschloss. In den letzten 14 Jahren gab es immer eine positive Rechnungsabweichung – im Durchschnitt lag diese bei über 75 Mio. CHF! Die SP wird sich aktiv gegen die bisherige übervorsichtige Budgetierung wehren. Rot zu budgetieren und immer schwarz zu schreiben verunmöglicht eine seriöse finanzpolitische Planung. Bevor über ein Sparprogramm diskutiert wird, müssen endlich die Einnahmen und Ausgaben realistisch geschätzt werden.

Last but not least wird im Februar auch darüber befunden, ob in Zukunft die Grossratsdebatten im Internet verfolgt werden können. Diverse andere Kantone und der Bund bieten diese zeitgemässe technische Lösung bereits an. Solch ein Live-Stream-Angebot ermöglicht, Politik einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Ein einfacher Zugang zu politischen Debatten ist immer auch eine Chance, dass sich mehr Leute selbst an einer beteiligen bzw. sich politisch engagieren. Der Vorstoss wurde von gesamthaft 55 GrossrätInnen aus allen Parteien unterschrieben. Ob der Mut für mehr Transparenz die Bürgerlichen dann bei der Abstimmung nicht doch noch verlässt, wird sich zeigen.

Kulturförderung

Graubünden erhält ein neues Kulturförderungsgesetz

Von Martin Jäger

Die Bündner Kulturgesetzgebung stammt aus dem Jahr 1997. Sie ist offen formuliert und hat sich bis heute sehr bewährt. Deshalb sahen wir eigentlich nur eine Teilrevision vor. Wir wollten im Anschluss an die eben realisierte Gebietsreform gemäss Auftrag von Grossrat Montalta die Förderung und Finanzierung von Regionalmuseen und regionalen Kulturzentren im Gesetz verankern und den neuen Regionen auch im Bereich von Bibliotheken oder Musikschulen verpflichtendere Aufgaben zuweisen. Heute ist nämlich zum Beispiel keine Gemeinde verpflichtet, eine Musikschule zu führen. Das bisherige Gesetz setzte auf ein Anreizmodell, welches zur Folge hatte, dass eine Stunde Klavierunterricht für ein 12-jähriges Kind heute in einzelnen Bündner Gemeinden mehr als doppelt so teuer ist wie in anderen.

Im Dezember 2013 stimmte der Grosse Rat einem Auftrag Claus zu, welcher statt der Teilrevision eine Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes anstrebte. Eine Totalrevision braucht zwar mehr Zeit, ist aber durchaus eine gute Chance, die Kulturförderung als Ganzes einmal politisch breit zu diskutieren. Gestützt auf diesen Auftrag hat das Amt für Kultur inzwischen eine breite Auslegeordnung erstellt. Diese zeigt, wie sich die Kulturförderung des Kantons seit 1998 doch recht rasant entwickeln konnte. Von 1998–2013 wuchsen die Mittel im ordentlichen Budget von 2,1 auf 3,9 Mio. Franken. Dazu kommen Finanzmittel aus dem Lotteriefonds. Waren dies 1998 noch 1,7 Mio. Franken, konnten die Mittel aus diesem Topf zugunsten der Kultur bis 2013 auf 5,7 Mio. Franken gesteigert werden. Das erarbeitete statistische Material ist sehr umfangreich. Es ist unter «www.kulturfoerderung.gr.ch / Dienstleistungen / Kulturförderung / Totalrevision des Gesetzes über die Förderung der Kultur (KFG)» einsehbar. 1998 wurden insgesamt 444 Gesuche bearbeitet, 2013 wuchs diese Zahl auf 747. Die zugesicherten Beiträge haben wir auch nach Sparten geordnet. Erhielten beispielsweise die grossen Sparten «Musik» und «Theater» 1998 noch praktisch gleich viele Mittel (je 660 000 Franken) konnten sich bis 2013 die Mittel für das Theater @nur» auf 1,46 Mio. Franken erhöhen, während für die Sparte «Musik» mehr als 2,25 Mio. Franken gesprochen wurden. Wirft man den Blick auf die regionale Verteilung, so wird deutlich, dass touristische Regionen (beispielsweise das Oberengadin) heute im Vergleich zu 1998 überproportional mehr Mittel erhalten, während das Wachstum andernorts (zum Beispiel im Prättigau) deutlich unter dem Durchschnitt blieb.

Die Grundlagen sind da, der neue Gesetzesentwurf auch. Jetzt bin ich auf die Vernehmlassungen gespannt.

Martin Jäger,
Regierungsrat, Chur

Nachruf Andrea Bianchi

18.04.1953 – 28.11.2015

Zum Gedenken an Andrea Bianchi

Von Anna Ratti

Andrea war ein guter Jurist, ein beharrlicher Anwalt der Natur, ein leidenschaftlicher Bergsteiger, ein ehrgeiziger Politiker und einer, der durchwegs sich selbst treu geblieben ist. Er erkannte stets früh, was in dieser Gesellschaft schief ging und kämpfte sich durch manche linke Ideologien hindurch, immer im Hinblick die Welt so zu verändern, wie es seinen Vorstellungen entsprach, und zwar praxisbezogen.

Zunächst trat er dem VIVA-Kollektiv bei, eher auf einer Linie, die uns VIVA-Gründern nicht ganz geheuer war. Es war die Zeit, als jedes linke Grüppchen mit Verve seine ideologische Einrichtung verteidigte, als hätten wir jeweils die alleinig seligmachende politische Linie gefunden. Als die VIVA-Zeitung eingestellt wurde, engagierte er sich in der Linken Alternative, später bei La Verda. Sein Einsatz für die Natur wurde für ihn als Bergsteiger und Naturschützer immer wichtiger. Schlussendlich wurde er doch noch Mitglied der SP, obwohl diese für ihn lange Zeit zu sanft daherkam. Er setzte aber auch in dieser Partei seine durchwegs notwendigen Akzente.

Als politische WeggefährtInnen war es gut zu wissen, dass Andrea, komme was wolle, etwas erreichen wollte, für die Sache und für sein politisches Weiterkommen. Er engagierte sich nicht einfach so, weil ihm die Gruppe, die Partei oder die Geselligkeit gefiel, nein, er war ein Schaffer – er wollte etwas werden, Einfluss nehmen, ja überhaupt gewinnen in allen Bereichen – sei es seinem Sohn ein guter Vater sein, sei es verknöcherte politische Strukturen aufbrechen, eine Landschaft schützen, eine Eiswand bezwingen. Kämpfen halt, bis zum Schluss. Bravo Andrea – wir in der SP waren Dir vielleicht nicht Stütze genug – aber eine breite Anerkennung für Dein Einstehen im hier und jetzt für eine bessere Welt, die hast Du auf sicher.

Seine öffentlichen Ämter:

1981 - 1988 Mitglied des Gemeinderates von Chur
1989 - 1990 Grossratsstellvertreter
1991 - 1994 Mitglied des Grossen Rates
1992 - 1996 Delegierter im Gemeindeverband für Abfallentsorgung in Graubünden (GEVAG)
1997 - 2008 Vorstandsmitglied im GEVAG
1998 - 2001 Mitglied Verfassungskommission Graubünden
2001 - 2010 Nebenamtlicher Richter des Bezirksgerichtes Plessur
1.3.2001 - 30.6.2008 Mitgl. der kant. Kommission für das Berg- und Schneesportwesen als Vertreter der Bergsportanbieter
ab 2006 Stiftungsrat der Stiftung Bergwaldprojekt
ab 2008 Garant der Schweiz für Mountain Wilderness
2010 Vizepräsident von Mountain Wilderness International
ab 2011 Amt des Vermittlers und Vorsteher der Schlichtungsbehörde für Mietsachen

Leute:
Tina Gartmann-Albin
Gemeinderatspräsidentin

Concret: Du bist dieses Jahr als Gemeinderatspräsidentin die höchste Churerin. Ganz herzliche Gratulation vom concret! Worauf freust du dich besonders?
Zuerst freue ich mich auf die Abstimmung zur Wohnrauminitiative, die wir hoffentlich gewinnen! Es kommen mehrere Bauvorhaben in den Rat, die der Bevölkerung mehr Lebensqualität bringen, wie der Linksabbieger am Rosenhügel oder endlich moderne Anlagen an der Oberen Au für alle Sportbegeisteren. Und dann bin ich schon seit Anfang Januar unterwegs und nehme jede Gelegenheit wahr, die Bevölkerung zu treffen.

In der letzten Zeit waren die Gemeinderatsdebatten rauh. Wie gehst du damit als Sitzungsleiterin um?
Das Klima war tatsächlich relativ schwierig. Ich werde jedenfalls versuchen, bei der Reihenfolge der Wortmeldungen alle gleich zu behandeln, unabhängig von der Partei. Da ging es nicht immer gerecht zu. Und sollte es zu persönlich werden, erlaube ich mir Voten abzubrechen. Wir sind im Parlament und gehen anständig miteinander um.

Du hast es gesagt: Auf städtischer Ebene stimmen wir im Februar über unsere Wohnbauinitiative ab.
Wie stehst du als Treuhänderin und Immobilienspezialistin zur Initiative?
Ich stehe voll und ganz dahinter. Sie ist ein Muss für Chur. Wenn man die Mieten anschaut, sind die einfach massiv zu hoch, junge und ältere Leute können sich das kaum mehr leisten. Es kann nicht sein, dass nur Doppelverdiener eine anständige Wohnung zahlen können. Ich erhoffe mir von der Initiative auch etwas für die Durchmischung der Bevölkerung in der Stadt. Je mehr Durchmischung, desto besser!

Im Juni sind städtische Wahlen. Du führst unsere Gemeinderatsliste an. Wie siehst du die Chancen, dass wir unsere Fraktion vergrössern können?
Ich hoffe doch sehr, dass wir die Fraktion vergrössern können. Auch weil die SVP zulegen könnte. Ich wünsche mir, dass unsere starke Liste und unsere Vorstösse im Rat uns Stimmen und ein bis zwei zusätzliche Sitze bringen.

Du vertrittst uns auch im Grossen Rat und bist dort in der GPK. Von rechts kommen zur Zeit Sparappelle und Steuersenkungsforderungen zugleich. Worauf müssen wir uns als SP gefasst machen?
Wir müssen uns gegen unverhältnismässige Steuersenkungen wehren! Da haben wir auch die Finanzministerin auf unserer Seite. Ich befürchte, dass die Beiträge an Dritte unter Druck kommen: Prämienverbilligungen, Sozialleistungen im allgemeinen, Beiträge an Schulen, an Spitäler. Das sind unsere Themenfelder und da müssen wir Einsatz zeigen. Ich sähe eher Sparpotenzial im Strassenbau ...

Tina Gartmann

Jahrgang: 1961

Beruf:
Kauffrau & Treuhänderin

Politische Ämter:
Grössrätin Kreis Chur,
Mitglied GPK des
Grossen Rates,
Gemeinderätin Stadt
Chur,
Präsidentin Tierschutzverein GR

JUSO

Ewa Bender, Co-Präsidentin JUSO Graubünden, Bonaduz

Spekustopp-Kampagne: Wie wir diese Abstimmung gewinnen

Von Ewa Bender

Wie mittlerweile allgemein bekannt sein dürfte, kommt mit der Spekustopp-Initiative diesen Februar schon die zweite JUSO-Initiative vor das Volk. Wie das Ergebnis sein wird, ist noch unklar. Fest steht zu Beginn des Abstimmungskampfes jedoch schon Eines: die Spekustopp-Initiative steht gut da. Noch nie hatte eine JUSO-Forderung so gute Chancen, mehrheitsfähig zu sein, wie diese Initiative. Das allein zeigt schon der Umstand, dass der SVP nahe Schweizerische Bauernverband – eine der grössten Lobbyorganisation im Bundeshaus – an ihrer Versammlung Stimmfreigabe für die JUSO-Initiative beschlossen hat – ein Umstand, welcher bei 1:12 ganz und gar unmöglich gewesen wäre! Für die JUSO heisst das, dass sie sich nun umso engagierter in die Arbeit stürzen wird, um das absolute Maximum herauszuholen.

Das Maximum kann die JUSO aber nur herausholen, wenn sie eine gute Kampagne führt. Eine Kampagne, die in der Lage ist, den Diskurs zu bestimmen, dem Anliegen Gehör zu verschaffen und der Bevölkerung aufzuzeigen, wieso sie dieser Initiative zustimmen soll. Die JUSO hat in der Vergangenheit bereits gezeigt: Sie kann das! Denn obwohl ihr die Gelder fehlen, um eine nationale Plakatkampagne oder viele Inserate zu bezahlen, hat die JUSO etwas viel besseres: Aktivismus. Die Gegner haben Millionen, die JUSO hat engagierte und motivierte Menschen! Für die JUSO ist klar, dass persönliches Engagement stärker ist als Geld und wir dadurch diese Initiative gemeinsam gewinnen können. Es gibt eine breite Unterstützungsfront von vielen bäuerlichen Organisationen, Parteien – darunter sogar Bürgerliche, Hilfswerken, kirchlichen Organisationen und unzähligen Komitees, die öffentlich und medienwirksam ihre Unterstützung verkünden.

Ein Mittel, welches sich in der Vergangenheit nicht nur bewährt, sondern als äusserst effizient erwiesen hat, sind Fahnen. Die JUSO führt national eine breite Fahnenaktion durch, welche sich sehen lassen kann. Bereits nach der Anfangsphase werden 6800 Fahnen in der ganzen Schweiz hängen und die frohe Botschaft verkünden. Parallel dazu leistet die JUSO immense Bildungsarbeit in Workshops, Referaten und Podientrainings, um die Mitglieder so zu briefen, dass sie ihre Mitmenschen überzeugen können. Schlussendlich wird sich die JUSO mittels Aktionen, Flyer, Leserbriefen, Provokation und Events auch nach aussen richten um so klar aufzuzeigen: mit Essen spielt man nicht! Lasst uns dem Hunger den Kampf ansagen!

AZB 7000 Chur
Postcode 1

Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 28. Februar 2016

Eidg. Vorlagen:

Zweite Gotthardröhre	**NEIN**
SVP Durchsetzungsinitiative	**NEIN**
CVP Ehe-Initiative	**NEIN**
Spekulationsstopp-Initiative	**JA**

Städtische Vorlagen (Chur):

Initiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum»	**JA**
Gegenvorschlag:	**NEIN**

Abo-Beitrag 2016

Um das concret weiterhin erhalten zu können, sind wir auf euren Abo-Beitrag angewiesen. Der Mindestbeitrag für die Kostendeckung beträgt CHF 10.00 pro Jahr, der Unterstützungsbeitrag CHF 25.00 pro Jahr. Bitte den beigelegten Einzahlungsschein benutzen oder per e-banking einzahlen. **Wir danken euch ganz herzlich für eure Treue und Unterstützung!**

1. Mai 2016

Der 1. Mai 2016 ist ein Sonntag. Wir feiern den Tag der Arbeit ab 10:30 Uhr auf dem Theaterplatz in Chur. Sprechen wird u.a. unser Stadtratskandidat Patrik Degiacomi. Ebenfalls wird Etrit Hasler, einer der Pioniere der Schweizer Slam Poetry, auftreten.

Engagiert in der SP – jetzt mitarbeiten!

Es ist bekannt: Auf den Parteitag vom 09. April 2016 suchen wir eine neue Präsidentin / einen neuen Präsidenten, eine engagierte Person für das Vizepräsidium, zwei Mitglieder der Geschäftsleitung und Verstärkung für den Parteivorstand.
Ende November 2015 hat der Parteivorstand eine Personalfindungskommission (PFK) eingesetzt, bestehend aus Peter Peyer, Tamara Gianera, Hanna Bay und Christoph Jaag.
Sie kümmert sich um die Neubesetzung der vakanten Sitze. Doch auch die Sektionen und jedes einzelne Mitglied sind gefragt! Hast du Freude an einem Amt? Oder kennst ihr in eurer Sektion jemanden, der schon lange aktiver mitarbeiten möchte? Dann melde dich ungeniert bei uns, fragen und Interesse bekunden kostet bekanntlich nichts.

Selbstverständlich haben wir auch so unsere Erwartungen. Zusammen mit dem konkreten Auftrag an die PFK und mit den entsprechenden Kontaktdaten sind die Anforderungsprofile für das Präsidium, das Vizepräsidium wie auch für die GL und den PV definiert und hier zu finden: **www.sp-gr.ch/personalfindungskommission**

Die Frist für Interessierte läuft bis am Montag, 29. Februar 2016!

ClimatePartner
klimaneutral
Druck | ID: 10990-1507-1001

Impressum
Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

1/2016

www.sp-gr.ch
info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer (Redaktionsleitung), Stefan Grass, Silvia Modalek, Andri Perl
Versand: Peter Montigel, Christian Brasser & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG, Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 2/2016:
22. April 2016